

# Gesetz = Sammlung

für die

Königlichen Preussischen Staaten.

Nr. 18.

(Nr. 7022.) Gesetz, betreffend die Bestimmungen wegen der Wahlen zum Hause der Abgeordneten in den durch die Gesetze vom 20. September und 24. Dezember 1866. mit der Preussischen Monarchie vereinigten Landestheilen. Vom 9. März 1868.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen etc. verordnen, mit Zustimmung der beiden Häuser des Landtages Unserer Monarchie, was folgt:

## Artikel 1.

Der im Artikel 4. des Gesetzes vom 17. Mai 1867. / betreffend die Abänderung des Artikels 69. der Verfassungs-Urkunde u. s. w. (Gesetz-Samml. S. 1481.), vorbehaltene Gesetz-Entwurf über die Bildung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten, sowie über die definitive Einführung der Verordnung vom 30. Mai 1849. in den neu erworbenen Landestheilen, soll dem Landtage der Monarchie erst bei dessen nächster regelmäßiger Zusammenkunft (Art. 76. der Verfassungs-Urkunde) vorgelegt werden.

## Artikel 2.

Sofern die im Artikel 1. vorgesehene gesetzliche Regelung nicht früher erfolgt, bleiben bis zum 1. April 1869. für die Wahlen zum Hause der Abgeordneten in den neu erworbenen Landestheilen die Bestimmungen des Gesetzes vom 17. Mai und der Verordnung vom 14. September 1867. (Gesetz-Samml. S. 1481—1495.) in Kraft.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insigne.

Gegeben Berlin, den 9. März 1868.

(L. S.) Wilhelm.

Gr. v. Bismarck-Schönhausen. Frh. v. d. Heydt. Gr. v. Ikenplig.  
v. Mühler. v. Selchow. Gr. zu Eulenburg. Leonhardt.



(Nr. 7023.) Allerhöchster Erlaß vom 17. Februar 1868., betreffend die Verleihung der fiskalischen Vorrechte an den Kreis Landsberg a. d. W. für den Bau und die Unterhaltung einer Kreis-Chaussée von Landsberg a. d. W. bis zur Grenze des Kreises Birnbaum in der Richtung auf Schwerin.

Nachdem Ich durch Meinen Erlaß vom heutigen Tage den Bau einer Kreis-Chaussée von Landsberg a. d. W. bis zur Grenze des Kreises Birnbaum in der Richtung auf Schwerin, im Kreise Landsberg, Regierungsbezirk Frankfurt a. d. O., genehmigt habe, verleihe Ich hierdurch dem Kreise Landsberg das Expropriationsrecht für die zu dieser Chaussée erforderlichen Grundstücke, imgleichen das Recht zur Entnahme der Chausséebau- und Unterhaltungs-Materialien, nach Maafgabe der für die Staats-Chausséen bestehenden Vorschriften, in Bezug auf diese Straße. Zugleich will Ich dem vorgenannten Kreise gegen Uebernahme der künftigen chausséemäßigen Unterhaltung der Straße das Recht zur Erhebung des Chausséegeldes nach den Bestimmungen des für die Staats-Chausséen jedesmal geltenden Chausséegeld-Tarifs, einschließlich der in demselben enthaltenen Bestimmungen über die Befreiungen, sowie der sonstigen die Erhebung betreffenden zusätzlichen Vorschriften, wie diese Bestimmungen auf den Staats-Chausséen von Ihnen angewandt werden, hierdurch verleihen. Auch sollen die dem Chausséegeld-Tarife vom 29. Februar 1840. angehängten Bestimmungen wegen der Chausséepolizei-Vergehen auf die gedachte Straße zur Anwendung kommen.

Der gegenwärtige Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 17. Februar 1868.

Wilhelm.

Frh. v. d. Heydt. Gr. v. Ikenpliz.

An den Finanzminister und den Minister für Handel,  
Gewerbe und öffentliche Arbeiten.



(Nr. 7024.) Allerhöchster Erlaß vom 7. März 1868., betreffend die Aufhebung des für Benutzung der Schleusen an der Lahn zu entrichtenden Schleusengeldes.

Auf Ihren Bericht vom 4. d. M. bestimme Ich, daß das für Benutzung der Schleusen an der Lahn nach dem Tarife vom 1. März 1860. (Verordnungsblatt des Herzogthums Nassau S. 53.) zu entrichtende Schleusengeld vom 1. April d. J. ab nicht weiter erhoben werde.

Dieser Erlaß ist durch die Gesetz-Sammlung zu veröffentlichen.

Berlin, den 7. März 1868.

Wilhelm.

Frh. v. d. Heydt. Gr. v. Ikenpliz.

An den Finanzminister und den Minister für Handel,  
Gewerbe und öffentliche Arbeiten.



(Nr. 7025.) Allerhöchster Erlass vom 9. März 1868., betreffend die Zulassung der Dänischen Schiffe zur Küstenfrachtfahrt von einem Preussischen Hafen nach einem anderen inländischen Plage.

Auf Ihren Bericht vom 5. März d. J. bestimme Ich, daß in Gemäßheit des Gesetzes vom 5. Februar 1855. (Gesetz-Samml. S. 217.) das unter Nr. 1. der Order vom 20. Juni 1822. wegen Begünstigung der inländischen Rhederei (Gesetz-Samml. S. 177.) erlassene Verbot der Küstenfrachtfahrt von einem Preussischen Hafen nach einem anderen inländischen Plage (cabotage) durch ausländische Seeschiffer gegen Dänische Schiffe vom 1. April d. J. an nicht mehr in Anwendung gebracht werden soll.

Dieser Erlass ist durch die Gesetz-Sammlung zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 9. März 1868.

Wilhelm.

Gr. v. Ikenplig.

An den Minister für Handel, Gewerbe  
und öffentliche Arbeiten.

---

Redigirt im Bureau des Staats-Ministeriums.

Berlin, gedruckt in der Königl. Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei  
(R. v. Deker).